

632555-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Bereitstellung von Software – Überlassung einer Software für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA) und weitere zur Überlassung vereinbarte Leistungen, inkl. Wartung

OJ S 177/2026 14/09/2026

**Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenixics GmbH

E-Mail: ausschreibung@bg-phoenixics.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer zentralen Regierungsbehörde kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Sozialwesen

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Überlassung einer Software für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA) und weitere zur Überlassung vereinbarte Leistungen, inkl. Wartung

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe ist die Beschaffung von Software für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA) (On Premise) inkl. Implementierung und Wartung.

Kennung des Verfahrens: 5bfe5fca-c477-44df-b858-5c104a80bcb4

Interne Kennung: AS260093

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72268000 Bereitstellung von Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung, 72267000 Software-Wartung und -Reparatur

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: .

Postleitzahl: .

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 2 300 000,00 EUR

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 2 300 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Wettbewerbsteilnehmern steht der vergaberechtliche Rechtsschutz gemäß den §§ 160 ff. GWB zur Verfügung. Ein Nachprüfungsverfahren ist nur auf Antrag zulässig. Antragsbefugt ist gemäß § 160 Abs. 2 GWB jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 2 GWB unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Satz 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Überlassung einer Software für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA) und weitere zur Überlassung vereinbarte Leistungen, inkl. Wartung

Beschreibung: Gegenstand dieser Vergabe ist die Beschaffung von Software für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA) (On Premise) inkl.

Implementierung und Wartung.

Interne Kennung: e0f4be3a-03dc-4b2d-95ed-363519875407

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72268000 Bereitstellung von Software

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung, 72267000 Software-Wartung und -Reparatur

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: .

Postleitzahl: .

Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Kritische Aufgaben gemäß § 47 Abs. 5 VgV Die BG-Phoenixics

GmbH definiert die in der Leistungsbeschreibung erfassten Leistungen zur Konzeption der

Architektur der ausgeschriebenen Lösung als kritische Aufgabe im Sinn des § 47 Abs. 5 VgV.

Dazu gehören die Leistungen des technischen Aufbaus der verschiedenen technischen

Komponenten, um die in Ziffer 4 definierten Projektziele und die künftige Ausrichtung der IGA-

Lösung einschließlich der Zielarchitektur gemäß Ziffer 5 der Leistungsbeschreibung

umzusetzen und digitale Identitäten, Benutzerkonten und sonstige Kennungen einschließlich

administrativer und technischer Konten sowie die diesen zugeordneten Rollen, Zugriffsrechte

und Berechtigungen in den angebundenen Zielsystemen zentral und automatisiert zu

verwalten, zu steuern und zu kontrollieren. Hierzu gehören insbesondere:

- Konzeption und Festlegung der technischen Gesamt- und Lösungsarchitektur der IGA-Lösung einschließlich der wesentlichen Architekturprinzipien
- Konzeption der Integrations- und Schnittstellenarchitektur einschließlich der grundlegenden Festlegung des Zusammenwirkens von IGA-Lösung, Quellsystemen, Zielsystemen und weiteren zentralen IT-Komponenten
- Konzeption der Identity-, Account-, Rollen- und Berechtigungsarchitektur einschließlich der grundlegenden Prinzipien für Identity Lifecycle, Provisionierung und Deprovisionierung
- Konzeption der Daten- und Informationsarchitektur, insbesondere hinsichtlich führender Identitätsquellen, Identitätskorrelation, Datenhoheit und systemübergreifender Datenflüsse
- Konzeption der Mandantenarchitektur einschließlich der organisatorischen und technischen Trennung von Identitäten, Accounts, Berechtigungen und Daten unterschiedlicher Mandanten
- Konzeption der IGA-Securityarchitektur, insbesondere hinsichtlich der grundlegenden Sicherheitsprinzipien für Identitäten, Accounts und Berechtigungen, der Umsetzung von Least Privilege und Segregation of Duties, der sicheren Ausgestaltung von Genehmigungs-, Rezertifizierungs-, Provisionierungs- und Deprovisionierungsprozessen sowie der Nachvollziehbarkeit und Auditierbarkeit sicherheitsrelevanter Vorgänge
- Bewertung und Festlegung wesentlicher Architekturentscheidungen und Architekturänderungen sowie
- Sicherstellung der Konsistenz und Weiterentwicklungsfähigkeit der IGA-Gesamtarchitektur über die angeschlossenen Quell- und Zielsysteme hinweg.

Nicht Bestandteil der vorstehend definierten kritischen Aufgaben sind allein aufgrund ihres Zusammenhangs mit der IGA-Lösung die nachgelagerten technischen Implementierungs-, Konfigurations-, Installations-, Betriebs-, Wartungs- und Supportleistungen. Hierzu gehören insbesondere die technische Installation und Konfiguration der Systemumgebungen, die technische Entwicklung und Konfiguration einzelner Konnektoren und Schnittstellen, die Umsetzung von Datenmappings und Attributtransformationen, die technische Implementierung von Workflows, Regelwerken und Automatisierungen, die Durchführung von Tests sowie Wartungs-, Fehlerbehebungs- und Supportleistungen. Soweit im Rahmen solcher Leistungen jedoch grundlegende, systemübergreifende oder langfristig wirkende Entscheidungen über die vorstehend definierte IGA-System-, Integrations-, Identity-, Berechtigungs-, Mandanten- oder Securityarchitektur zu treffen oder bestehende Architekturentscheidungen wesentlich zu verändern sind, sind diese Architekturentscheidungen Bestandteil der kritischen Aufgabe; ihre anschließende technische Umsetzung ist hiervon zu unterscheiden. Proof of Concept im Vergabeverfahren Im Rahmen des Vergabeverfahrens wird die BG-Phoenixics sich vor Erteilung des Zuschlags davon

überzeugen, dass die angebotene Lösung die Angebotsinhalte tatsächlich erfüllt. Diese Prüfung erfolgt mit dem Bieter des wirtschaftlichsten Angebots innerhalb eines Proof of Concept (PoC). Ziel des PoC ist der Nachweis, dass die angebotene IGA-Lösung die in den Vergabeunterlagen beschriebenen fachlichen und technischen Anforderungen sowie die angebotenen Integrationen und Kernprozesse erfüllt. Die erfolgreiche Durchführung des PoC ist zwingende Voraussetzung der Wertbarkeit des Angebots und des Zuschlags. Erfüllt ein Bieter die definierten Anforderungen des PoC nicht oder kann die Erfüllung der ausgeschriebenen Anforderungen nicht innerhalb des PoC nachweisen, wird sein Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden. In diesem Fall behält sich die BG-Phoenix vor, den nächstplatzierten Bieter zur Durchführung eines PoC aufzufordern. • Der Zuschlag erfolgt erst nach erfolgreichem Abschluss des PoC • Die Kosten für die Durchführung des PoC trägt der jeweilige Bieter Für die Durchführung des PoC sowie für die anschließende Aufbau- und Testphase sind erforderliche Non-Production-Lizenzen kostenfrei bereitzustellen oder im angebotenen Lizenzmodell zu berücksichtigen. Näheres ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung bzw. den Vergabeunterlagen. Produktverfügbarkeit Die angebotene Lösung muss für mindestens vier Jahre ab Zuschlagserteilung am Markt verfügbar sein und darf innerhalb dieses Zeitraums nicht abgekündigt werden.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung 1.1

BGP - Unternehmensinformationen 1.1.1 Rechtsform des Unternehmens Bitte geben Sie die

Rechtsform des Unternehmens an: 1.1.2 Gründungsjahr Bitte geben Sie das Gründungsjahr

des Unternehmens 1.1.3 Gesamtzahl der Mitarbeiter Geben Sie die aktuelle Anzahl aller

Mitarbeiter des Unternehmens an 1.1.4 Mitgliedschaft Berufsgenossenschaft(en) "Ich bin, bzw.

wir sind Mitglied folgender Berufsgenossenschaft(en) (Bieterinnen und Bieter, die ihren Sitz

nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, geben den für sie zuständigen

Versicherungsträger an):" 1.1.5 USt-Identifikationsnummer Meine, bzw. unsere Umsatzsteuer-

Identifikationsnummer lautet: 1.1.6 Herkunft Unternehmen Ich bin, bzw. wir sind ein

Unternehmen mit Sitz in 1.1.7 Ausländisches Unternehmen Staat des Unternehmenssitzes,

sofern nicht Deutschland: 1.1.8 Internetadresse/Homepage Bitte geben Sie die

Internetadresse / Homepage des Unternehmens an: 1.2 Nichtvorliegen von

Ausschlussgründen "Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Ich/Wir erkläre

(n), dass a) eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht

rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG

rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer der nachfolgenden Straftaten: 1. § 129 des

Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung

terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische

Vereinigungen im Ausland), 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder

wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung

finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu

verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2

des Strafgesetzbuchs zu begehen, 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche), 4. § 263 des

Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen

Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag

verwaltet werden, 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat

gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), 9. Art. 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). b) über unser Vermögen nicht das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde; c) sich mein /unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet, d) ich/wir keine schwere Verfehlung begangen habe(n), die meine/unsere Integrität des Unternehmens als Bieter in Frage stellt; e) ich meine /wir unsere Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe(n), f) ich/wir keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen im Vergabeverfahren, insbesondere in Bezug auf unsere Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit, abgegeben habe(n) und auch nicht abgeben werde(n). g) ich/wir nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt habe(n) und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat. h) ich/wir in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten habe(n) und in der Lage bin/sind, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, i) Erklärungen zum Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) 1. ich/wir erkläre/n, dass das Unternehmen nicht aufgrund eines Verstoßes gem. § 22 LkSG verurteilt worden ist, (Inkrafttreten ab 01.01.2023), 2. ich/wir erkläre/n, dass ich/wir den Auftraggeber im Zuschlagsfall während der Laufzeit des Vertrages darüber unverzüglich informieren, wenn das Unternehmen aufgrund eines Verstoßes gegen § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) verurteilt wird. Ich/Wir nehme(n) zur Kenntnis, akzeptiere(n) und bestätige(n), dass ein Bieters vom Verfahren ausgeschlossen werden kann, wenn sich im Rahmen der Überprüfungen anlässlich der Bieterauswahl oder der Angebotsprüfung Angaben als unrichtig erweisen." 1.3 Eigenerklärung über restriktive Maßnahmen Ausgefülltes Formblatt Eigenerklärung restriktiver Maßnahmen (Sanktionsverordnung) beigefügt? 1.4 Betriebshaftpflichtversicherung "Einzureichen ist zunächst eine Eigenerklärung des Bieters über die Bereitschaft zum Abschluss einer projektbezogenen Betriebshaftpflichtversicherung über Personen-, Sach-, und Vermögensschäden mit einer Mindesthaftsumme je Schadensfall von mindestens 500 000,- EUR nebst einer schriftlichen Bestätigung eines in Europa zugelassenen Versicherungsinstituts über die Bereitschaft zum Abschluss einer entsprechenden projektbezogenen Betriebshaftpflichtversicherung über Personen-, Sach-, und Vermögensschäden mit einer Mindesthaftsumme je Schadensfall von mindestens 500 000,- EUR. 1.5 Angabe Handelsregisternummer

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: 2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit 2.1

a) Vorlage v. Bilanzen o. Bilanzauszügen a) Vorlage von Bilanzen oder Bilanzauszügen des Unternehmens für die letzten 3 Geschäftsjahre pro Jahr nach Maßgabe des § 45 Abs. 4 Punkt 3. VgV. Anlagen beigefügt? 2.2 b) Gesamtumsätze der letzten 3 Geschäftsjahre jew. pro

Geschäftsjahr 2.2.1 Gesamtumsatz 2025 Angaben über die Gesamtumsätze der letzten 3 Geschäftsjahre jeweils pro Geschäftsjahr. Gesamtumsatz 2025 2.2.2 Gesamtumsatz 2024 Angaben über die Gesamtumsätze der letzten 3 Geschäftsjahre jeweils pro Geschäftsjahr. Gesamtumsatz 2024 2.2.3 Gesamtumsatz 2023 Angaben über die Gesamtumsätze der letzten 3 Geschäftsjahre jeweils pro Geschäftsjahr. Gesamtumsatz 2023

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Eignungskriteriums: 3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit 3.1 Referenzen "Die Eignung in fachlicher Hinsicht wird anhand vergleichbarer und abgeschlossener Kundenreferenzen der letzten fünf (5) Jahre geprüft, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Vergleichbar sind Leistungen über die Bereitstellung und Implementierung eines Systems für Identitymanagement, Governance und Administration (IGA), welches die Verwaltung von digitalen Identitäten und deren Benutzerkonten, sowie die Bestellung, Genehmigung und Provisionierung von Berechtigungen in den Zielsystemen des Referenzgebers unterstützt. Abgeschlossen ist eine vergleichbare Leistung, wenn die Bereitstellung und Implementierung des Systems abgeschlossen und das System nach der erstmaligen Projektierung in den Regelbetrieb übernommen wurde. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften dürfen maximal fünf (5) Referenzen einreichen, um die Eignung nachzuweisen. Die Auswahlkriterien werden anhand von maximal zwei vergleichbaren und abgeschlossenen Referenzen angewandt, die in dem Template „Referenzfragebogen“ definiert sind. Jeder Bewerber hat die beiden Referenzen anzugeben, die für die Auswahlentscheidung durch die Vergabestelle gewertet werden sollen. Je ein Formblatt pro Referenz eingereicht?"

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 6,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 6

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: Die Leistungskriterien werden in der Ausschreibungsphase definiert.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 30/09/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/c32a9471-918e-4778-bccd-c0af6cdbf109>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 26/10/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/c32a9471-918e-4778-bccd-c0af6cdbf109>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 12/10/2026 11:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der Teilnehmer: 1

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: (1) Etwaige Vergabeverstöße muss der Bewerber/Bieter gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 GWB innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnisnahme rügen.

(2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 2 GWB spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Abgabe der Bewertung oder der Angebote gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen

erkennbar sind, sind nach § 160 Abs. 3 Nr. 3 GWB spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbungs- oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. (4) Ein Vergabenachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB innerhalb von 15 Kalendertagen

nach der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der Vergabekammer einzureichen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: BG-Phoenix GmbH
Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Bundes

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenix GmbH
Registrierungsnummer: 6264ac91-f213-415f-81bf-b5e859a4ac90
Postanschrift: Tiergartenstraße 39
Stadt: Hannover
Postleitzahl: 30559
Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)
Land: Deutschland
E-Mail: ausschreibung@bg-phoenix.de
Telefon: +49 511898790
Fax: +49 51189879295
Internetadresse: <https://www.bg-phoenix.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 9adc705b-31e7-4467-8461-9ae49aa6d660
Postanschrift: Villemomblerstr. 76
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: BG-Phoenix GmbH
Registrierungsnummer: 5faf2f67-f505-4dae-b642-3202e08ecfa1
Abteilung: Einkauf
Postanschrift: Tiergartenstraße 39
Stadt: Hannover
Postleitzahl: 30559
Land, Gliederung (NUTS): Region Hannover (DE929)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Einkauf
E-Mail: ausschreibung@bg-phoenix.de
Telefon: +49 511898790

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 46fbfcb1-cff9-42b9-b47c-e84e80c2d630 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 11/09/2026 14:25:08 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 632555-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 177/2026

Datum der Veröffentlichung: 14/09/2026